Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 3

Artikel: "Als ebenso wichtig wie die Unabhängigkeit des Rundfunkwesens..."
Autor: Fabris, Hans Heinz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338658

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Was dem Politiker, der Interesse am Abbau unseres Bildungsnotstandes hat, in dieser Lage zu tun bleibt, kann klar formuliert werden: Er hat seine Machtmittel so einzusetzen, dass dem einzelnen Publizisten ein maximaler Entscheidungsspielraum über seine Produktionen zur Verfügung steht. Der Journalist muss vor jeder Spielart wirtschaftlicher und politischer Pression geschützt werden. Innerhalb der Medienorganisationen ist auf eine grösstmögliche Demokratisierung hinzuarbeiten. Die Etablierung von personellen Lobbys oder hierarchischen Verhältnissen muss verhindert werden. Dies ist bisher, wenn überhaupt, nur zufällig geschehen. Die beispielsweise im Lauf des letzten Jahres entdeckte Tatsache, dass die Mehrheit der Tagesschau-Mitarbeiter am Fernsehen «linksorientiert» sind, halte ich nur deshalb nicht für einen Verstoss gegen die Informationsfreiheit, weil der ebenfalls festgestellte rasche Personalwechsel und das offensichtliche Fehlen einer «Fernsteuerung» die Ausformung einer «pressure group» verhindert hat. Keinem Vertreter einer anderen Weltanschauung ist daher die Mitarbeit je erschwert worden. Es scheint mir wichtig, dass die verantwortlichen Politiker die in solchen Fällen zutage tretenden, die Informationsfreiheit fördernden Mechanismen erkennen und in künftigen Mediendiskussionen gezielt einsetzen.

Nur wer frei von Druckversuchen zu Erkenntnissen gelangen kann, ist auch in der Lage, Grundlagen für Erkenntnisse in breiten sozialen Schichten zu vermitteln. Nur wer seine persönlichen, alltäglichen Anliegen in seiner Arbeit zur Geltung bringen darf, ist dazu befähigt, ein alltagsrelevantes, deutbares und persönlich sinnvolles Bild unserer Gesellschaft entstehen zu lassen oder – eben! – zu «bilden». Der Politiker, so könnte man es vielleicht formulieren, hat in bezug auf den Publizisten seine Macht in der Form von Ohnmacht auszuspielen. Das gilt auch für «linke» Machtansprüche im Medienwesen.

Das Erkennen der Zusammenhänge zwischen Bildung und Informationsfreiheit, verbunden mit entsprechendem konsequentem politischem Handeln, ist für eine Partei, die eine demokratische Veränderung der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse anstrebt, eine Lebensfrage.

Als ebenso wichtig wie die Unabhängigkeit des Rundfunkwesens nach aussen wird schliesslich der innere demokratische Aufbau der Sendebetriebe bezeichnet. Dies bedeutet vor allem eine Einschränkung des Intendanten-Weisungsrechtes sowie die Ersetzung des hierarchischen Aufbaus im Redaktionsbereich durch Formen des Kollegialprinzips, also die Institutionalisierung von Redaktionsstatuten auch in den Funkhäusern.

Hans Heinz Fabris in «Die Zukunft»